

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

2. Januar 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Wie im gesamten vergangenen Jahr gab es auch in den beiden letzten Wochen Anschläge der Taliban und anderer Aufständischer. So starben am 26.12.12 zwei afghanische Sicherheitskräfte bei einem Selbstmordanschlag der Taliban auf den ISAF-Stützpunkt in der ostafghanischen Stadt Khost. Am 24.12.12 erschoss eine Polizistin in Kabul einen Berater der US-Streitkräfte und in Nordafghanistan wurden fünf Polizisten von ihrem Kommandanten erschossen, der zu den Taliban übergelaufen war. Bei derartigen „Insider-Angriffen“ kamen im vergangenen Jahr über 50 Soldaten und zivile Angestellte der ISAF ums Leben. Laut ISAF lägen bei rund 25 Prozent dieser Angriffe direkte Verbindungen der Täter zu den Taliban vor, bei der Mehrheit der Fälle gehe es um kulturelle Missverständnisse, verletzte Ehre und persönliche Probleme.

Unterdessen schreitet die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte weiter voran. Die afghanische Regierung kündigte am 31.12.12 die vierte Tranche des Übergabeprozesses an, bei der 52 weitere Distrikte unter die Kontrolle der afghanischen Sicherheitskräfte kommen, die dann die Verantwortung in 312 der 398 Distrikte innehaben werden. Im vergangenen Jahr hatte die afghanische Armee mit 1.056 getöteten Soldaten die höchsten Verluste seit 2001.

Pakistan

Tödliche Anschläge und Überfälle

Am 30.12.12 traf eine ferngezündete Bombe im Bezirk Mastung (Provinz Belutschistan) drei Busse mit schiitischen Pilgern aus dem Punjab, die auf dem Weg in den Iran waren. Es gab 20 Tote und 25 Verletzte. Eine unbekannte Organisation namens Jaish-ul-Islam bekannte sich zum Anschlag.

Am 01.01.13 wurde ein Fahrzeug mit Mitarbeitern einer Nichtregierungsorganisation in dem Distrikt Swabi (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) von Unbekannten angegriffen. Sieben Mitarbeiter, davon sechs Frauen, kamen um, eine Person erlitt Verletzungen. Die Nichtregierungsorganisation engagiert sich im Bereich Gesundheit, Erziehung, berufliche Bildung von Frauen. Sie bemüht sich, die Kindbettsterblichkeit zu verringern sowie über Empfängnisverhütung zu informieren.

Am 27.12.12 überfielen pakistanische Taliban in den Regionen Hasankhel und Jina Khor (Grenzregion Peshawar, Provinz Khyber Pakhtunkhwa) Hilfspolizisten in ihren Stützpunkten. Die Leichen von 21 entführten und hingerichteten Polizisten wurden am 31.12.12 an die Angehörigen übergeben. Ein Hilfspolizist erlag am selben Tag seinen Verletzungen im Krankenhaus. Ein Hilfspolizist entkam dem Überfall.

Aufenthaltsbewilligung für afghanische Flüchtlinge verlängert

Nach Abstimmung mit Afghanistan und UNHCR wurde die Aufenthaltsbewilligung für die 1,6 Millionen afghanischen Flüchtlinge wegen der instabilen Lage im Heimatland bis Ende Juni 2013 verlängert. Pakistan ist aber weiterhin daran gelegen, dass die Flüchtlinge ausreisen.

Irak

Unterschiedliche Angaben zu zivilen Opfern

Während nach Angaben irakischer Ministerien die Zahl der Gewaltopfer im vergangenen Jahr bei 2.174 getöteten Personen lag (2011: 2.645) und damit gesunken ist, berichtet die in London ansässige Organisation "Iraq Body Count", dass die Zahl der durch Gewalt gestorbenen Zivilisten auf 4.471 Personen gestiegen sei.

Anschlagserie

Am 31.12.12 starben bei Bombenanschlägen und Schießereien landesweit 28 Menschen, fast 100 wurden verletzt. Die Angriffe ereigneten sich in rund einem Dutzend Städten, die Opfer waren überwiegend Schiiten.

Ägypten

Zustimmung zum Verfassungsentwurf

Nach der zweiten Runde des Verfassungsreferendums am 22.12.12 gab die Wahlkommission am 25.12.12 bekannt, dass insgesamt 63,8 Prozent der Wähler den islamistisch geprägten Entwurf gebilligt haben. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 33 Prozent. Präsident Mursi setzte die Verfassung am 26.12.12 in Kraft. Innerhalb von zwei Monaten sollen Parlamentswahlen stattfinden. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Das Oppositionsbündnis Nationale Rettungsfront will das Ergebnis wegen Regelverstößen anfechten und kündigte weitere Proteste an.

Neue salafistische Partei gegründet

Nach einem mehrmonatigen Richtungsstreit in der salafistischen Partei al-Nur (Licht) gründete deren früherer Vorsitzender, Emad Abdel Ghaffur, eine neue Partei mit dem Namen al-Watan (Heimat). Uneinigkeit war v.a. wegen der Stellung eines Klerikerrates innerhalb der Partei entstanden. Ghaffur sprach sich für eine Trennung zwischen der Partei und dem Rat aus.

Auch der als ultrakonservativ geltende Fernsehprediger Hasem Salah Abu Ismail kündigte die Gründung einer neuen Partei an, die bei der bevorstehenden Parlamentswahl eine Allianz mit al-Watan eingehen wolle.

Verschlechterung der Wirtschaftslage

Die politische Instabilität hat Einfluss auf die Wirtschaft. So verzeichnet die Tourismusindustrie einen Einbruch, ausländische Investoren meiden das Land, das ägyptische Pfund fiel im Vergleich zum US-Dollar auf den niedrigsten Wert seit acht Jahren und die Währungsreserven sind nach Angaben der Notenbank auf ein kritisches Niveau gesunken. Aus Angst vor einer Abwertung oder Einführung von Kapitalkontrollen tauschten immer mehr Ägypter ihr Pfund in Devisen.

Um die einheimische Währung zu stärken, kündigte die Notenbank an, knapp 75 Millionen US-Dollar versteigern zu wollen. Weitere solche Auktionen sollen folgen.

Ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) im November 2011 bereits genehmigter Kredit über 4,8 Mrd. USD war wegen einer Anzahl von Steuererhöhungen durch die Regierung gestoppt worden. Ministerpräsident Hisham Kandil zufolge sollen die Gespräche mit dem IWF im Januar wieder aufgenommen werden.

Mali

Sicherheitsrat genehmigt Militäreinsatz

Der Uno-Sicherheitsrat hat am 20.12.12 einstimmig eine Militäroperation in Mali genehmigt. Die Intervention soll unter afrikanischer Führung stehen und zunächst auf ein Jahr begrenzt sein. Die Resolution erteilt den 27 EU-Ländern sowie weiteren Uno-Mitgliedstaaten die Befugnis, dem afrikanischen Land beim Wiederaufbau seiner Streitkräfte zu assistieren. Experten vermuten, dass die Militäroperation im Norden Malis aus Gründen der Vorbereitung und des Klimas nicht vor Herbst 2013 erfolgen wird. Die Übergangsregierung in Bamako wird in der Resolution dazu aufgefordert, politische Gespräche aufzunehmen, um die verfassungsmäßige Ordnung vollständig wiederherzustellen. Dazu sollten noch vor April 2013 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Islamisten zerstören Heiligtümer in Timbuktu

Kurz nach der Entscheidung des Uno-Sicherheitsrates für einen Militäreinsatz haben Islamisten im Norden weitere Heiligtümer zerstört. Diese gehören zum Unesco-Weltkulturerbe und befinden sich in der Altstadt

von Timbuktu. Ein Sprecher der islamistischen Rebellengruppe Ansar Dine hatte die Zerstörungsaktion am 23.12.12 bestätigt.

Libyen

Anschläge in Misrata und Bengasi

Am 30.12.12 warfen Unbekannte Handgranaten in die koptische Kirche Mar Gerguis (Sankt Georg) in Misrata. Zwei koptische Christen ägyptischer Staatsangehörigkeit kamen ums Leben. Zwei weitere Christen wurden verletzt.

Am 30.12.12 explodierte nachts eine Bombe vor dem Büro der öffentlichen Anklagevertretung von Bengasi. Am Tag zuvor war von offizieller Seite ein Sicherheitsplan für die Region bekannt gemacht worden.

Am 20.12.12 wurde das Polizeihauptquartier in Bengasi angegriffen. Bewaffnete versuchten Personen zu befreien, die wegen Verdachts von Straftaten einige Tage zuvor festgenommen worden waren, darunter jemand, der Bezug zur Ermordung des vormaligen Polizeichefs von Bengasi haben soll.

DR Kongo

Milizenchef Ngudjolo Chui vom Internationalen Strafgerichtshof freigesprochen

Am 18.12.12 sprach der Internationale Strafgerichtshof (IStGH, Den Haag) den Milizenführer Mathieu Ngudjolo Chui einstimmig frei. Gegen ihn war wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in drei Punkten und Kriegsverbrechen in sieben Punkten verhandelt worden, weil er während des sog. 2. Kongokrieges (1998-2003) als Kommandeur Verbrechen von Kämpfern der Miliz FNI („Front der Nationalisten und Integrationisten“, meist Lendu-Angehörige) zu verantworten gehabt habe. Die Kämpfer hatten am 24.02.03 im Distrikt Ituri (an Uganda grenzend) unter Einsatz von Kindersoldaten im Hema-Siedlungsgebiet das Dorf Bogoro (rd. 22 km entfernt von der Distrikthauptstadt Bunia) angegriffen. 200 Bewohner wurden ermordet und Hunderte Frauen vergewaltigt. Insgesamt wird bei den Kämpfen im Distrikt Ituri zwischen den Hauptethnien der Lendu und Hema von mindestens 60.000 Toten ausgegangen.

Der noch nicht rechtskräftige Freispruch erfolgte wegen „zu widersprüchlicher und schwammiger“ Zeugenaussagen darüber, ob Chui während des Angriffs das Kommando führte. Dies Urteil ist das zweite seit Gründung des IStGH vor zehn Jahren. Im Juli 2012 war der Anführer der Hema-Miliz FPLC („Patriotische Kräfte für die Befreiung des Kongo“), Thomas Lubanga Dyilo, wegen Rekrutierung und Einsatz von Kindersoldaten vom IStGH zu 14 Jahren Haft verurteilt worden.

Nigeria

Anschläge auf Christen

Während des Sonntagsgottesdienstes in der evangelikalen Kirche des Dorfes Kyachi in der Nähe der Ortschaft Chibok (etwa 70 km südlich der Hauptstadt Maiduguri des nordöstlichen Bundesstaates Borno) griffen Unbekannte am 30.12.2012 die Kirche an und töteten 15 Gläubige.

Am 28.12.12 waren ebenfalls im Bundesstaat Borno im Vorort Musari der Hauptstadt Maiduguri – so ein Mitarbeiter einer Hilfsorganisation – 15 Christen teils im Schlaf von Unbekannten ermordet worden. Die Polizei bestätigte den Tod von fünf Personen.

Am 24.12.2012 waren Bewaffnete gegen Mitternacht in das Dorf Peri (etwa 2 km von Potiskum, Bundesstaat Yobe) eingedrungen und hatten in der Kirche der Evangelical Church of West Africa den Pfarrer sowie fünf Gläubige während der Christmesse erschossen. Anschließend setzten sie die Kirche in Brand.

Als Täter der drei Vorfälle werden Angehörige der islamistischen Organisation Boko Haram vermutet.

Feuergefecht zwischen Armee und Boko Haram

Am 02.01.13 ging eine Armee-Spezialeinheit in der Stadt Maiduguri gegen die Boko-Haram vor. 13 Angehörige dieser islamistischen Gruppe und ein Soldat starben.

Kenia

Flüchtlinge sollen Städte verlassen

Kenias Department of Refugee Affairs gab am 18.12.12 bekannt, mit sofortiger Wirkung die Registrierung und Aufnahme von Flüchtlingen außerhalb von Lagern einzustellen. Flüchtlinge sollten Städte und Dörfer verlassen und sich in die bestehenden Lager begeben und zwar Somali nach Dadaab und andere nach Kakuma. Laut UNHCR handelt es sich um etwa 60.000 Menschen. Die Regierung begründete die Maßnahme, die vorrangig auf Somali zielt, mit Sicherheitserwägungen. Insbesondere Flüchtlinge in Städten trügen zur Unsicherheit im Lande bei. UNHCR kritisierte die Maßnahme.

Seit Kenias militärischem Engagement im Nachbarland Somalia kommt es immer wieder zu Anschlägen in Kenia, insbesondere in vorwiegend von Somali bewohnten Teilen Nairobis, die der islamistischen Miliz al-Shabaab angelastet werden. Die Regierung vermutet die Täter unter den somalischen Flüchtlingen. Laut UNHCR leben derzeit etwa 630.000 Flüchtlinge in Kenia, mehr als 500.000 davon aus Somalia.

Ruanda

ICTR: letztes Urteil in erster Instanz

In seinem jüngsten und letzten erstinstanzlichen Urteil verhängte der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) in Arusha (Tansania) am 19.12.12 gegen den ehemaligen ruandischen Planungsminister Augustin Ntirabatware 35 Jahre Haft wegen „Völkermords und der direkten und öffentlichen Anstachelung zum Völkermord und zur Vergewaltigung“. Bis zur endgültigen Einstellung seiner Arbeit Ende 2014 sollen vor dem ICTR nur noch Berufungsverfahren, derzeit 16, verhandelt werden. Der ICTR wurde 1994 per UN-Resolution für die Bestrafung der Hauptverantwortlichen des Völkermords von 1994 eingerichtet.

China

Aus Malaysia abgeschobene Uiguren verurteilt

Wie Radio Free Asia am 20.12.12 verlautete, wurden elf Uiguren, die im August 2011 von Malaysia nach China abgeschoben worden waren, wegen separatistischer Aktivitäten zu Haftstrafen von elf Monaten bis zu 15 Jahren verurteilt. Dies hätten Verwandte und Freunde berichtet. Die Verurteilten gehörten zu insgesamt 16 Uiguren, welche die malaysische Polizei am 06.08.11 im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen chinesische Menschenschmuggler festgenommen hatte.

Zahlreiche Sektenmitglieder festgenommen

Vor dem vielfach als Tag des „Weltuntergangs“ gemutmaßten 21.12.12 nahmen chinesische Sicherheitsbehörden u.a. in der Provinz Qinghai nach verschiedenen Quellen bis zu mehr als 1.300 Mitglieder einer Sekte namens Quanneng Shen (Allmächtiger Gott; auch: Östlicher Blitz) fest. Diese propagierte den nahen Weltuntergang. Die Behörden gingen auch deswegen gegen die wie Falun Gong als „böser Kult“ eingestufte Sekte vor, weil sie Staat und Partei ablehnt.

Die Kommunistische Partei betrachtet jede Gruppe, die sich außerhalb staatlicher Strukturen organisiert, als potenzielle Bedrohung ihrer Macht.

Serbien/Kosovo

Serbien fordert Autonomie für Nordkosovo

Serbien hat am 19.12.12 ein Positionspapier vorgelegt, das eine weitgehende Autonomie des mehrheitlich von Serben bewohnten Nordens Kosovos und eine Demilitarisierung der Republik Kosovo vorsieht. Serben in Kosovo sollen eine eigene Regierung, Justiz und Hymne bekommen. Der Plan stößt sowohl bei der kosovarischen Regierung als auch bei der serbischen Opposition, bei der EU und den USA auf Ablehnung.